
Manfred G. Schmidt, Wohlfahrtsstaatliche Politik unter bürgerlichen und sozialdemokratischen Regierungen, Frankfurt a.M./New York 1982.

Manfred G. Schmidt (geb. 1948) studierte Politische Wissenschaft und Anglistik an der Universität Heidelberg und promovierte 1975 an der Universität Tübingen; 1981 schloss er sein Habilitationsverfahren an der Universität Konstanz ab. Das Thema war die „Wohlfahrtsstaatliche Politik unter bürgerlichen und sozialdemokratischen Regierungen“ – später als Buch publiziert und mit dem renommierten „Stein Rokkan Preis für International vergleichende Sozialforschung“ des International Science Council der UNESCO ausgezeichnet. Für seine weiteren Arbeiten im Bereich der empirischen Analyse von Staatstätigkeiten in westlichen Ländern erhielt er den Leibnitzpreis.

Der berufliche Werdegang Manfred G. Schmidts verlief über Professuren an der Freien Universität Berlin, der Universität Heidelberg sowie am Zentrum für Sozialpolitik der Universität Bremen. Seit 2001 lehrt er wieder als Professor für Politische Wissenschaft an der Universität Heidelberg. Zwischenzeitlich hat er verschiedene Aufenthalte an ausländischen Universitäten (etwa Harvard und Leiden) wahrgenommen.

In seiner Studie „Wohlfahrtsstaatliche Politik unter bürgerlichen und sozialdemokratischen Regierungen“ verfolgt Schmidt die Frage, welche politischen Determinanten zu den variierenden Politikergebnissen (Policies) in den verschiedenen Ländern geführt haben. Er knüpft damit an eine anhaltende Debatte zur Frage „Does politics matter?“ an und überprüft dies anhand von empirischen Daten über die Entwicklung der Wohlfahrtsstaaten der OECD-Länder seit 1945. Als wesentliche unabhängige Variablen fungieren in seinem Modell: 1. die politische Zusammensetzung der Regierungen; 2. die außerparlamentarische Machtverteilung (vor allem die Stärke der Gewerkschaften); 3. spezifische Strukturen des Parteiensystems und der politischen Lager; 4. die politisch-institutionellen Rahmenbedingungen (etwa die Rolle des Föderalismus); 5. die Ausgangsbedingungen und Folgen früher produzierter policies (Erblast und Inkrementalismus); 6. die ökonomischen und sozioökonomischen Strukturen (Sozialprodukt, Industrialisierungsgrad, Demographie etc).

Indikatoren für die staatliche Politikproduktion sind die Steuerquote, die Arbeitslosen- und Inflationsrate und die Höhe der Sozialausgaben. Aus diesem Analyserahmen werden überprüfbare Hypothesen abgeleitet: „Zwischen

dem Leistungsprofil der Regierungen [...] und dem Grad, zu dem linke bzw. bürgerliche Parteien an der Regierung beteiligt waren, [...] besteht z.B. ein ‚bedeutsamer‘ direkter statistischer Zusammenhang“ (S. 129). Die Arbeitslosenraten sind „insgesamt gesehen umso niedriger, [...] je mehr Stimmen auf das linke Lager entfallen“ (S. 190). Dies bestätigt die parteipolitische Hypothese. Hinzu kommen starke Gewerkschaften und ein ideologisch schwaches bürgerliches Lager. Die Inflationsraten sind „umso niedriger [...], je stärker die Gewerkschaften organisiert sind, je mehr sie in korporatistische Modi der Konfliktregulierung eingebunden sind, je wohlhabender und dominanter die nationalen Ökonomien sind und je mehr sozialdemokratische Parteien an der Regierung beteiligt sind“ (S. 213).

Insgesamt kommt Schmidt zu folgendem Ergebnis: Trotz der Schranken gegen Staatsintervention in kapitalistisch-demokratischen Ländern sei eine „partielle Politisierung“ der Ökonomie anzutreffen. Entgegen marxistischen Vorstellungen sei Politik also nicht nur „Überbau“ oder stehe im Dienste des Kapitals. Allerdings bestünden erhebliche Unterschiede nach einzelnen Politikfeldern sowie in der Art und Weise, in der Politik einen Unterschied macht. So sei die Bundesrepublik in ihren Sozialleistungen passiv ausgerichtet und alimentiere in Krisenzeiten Arbeitslose durch relativ hohe Lohnersatzleistungen, während das als aktiv eingestufte Schweden in solchen Fällen umfangreiche arbeitsmarktpolitische Maßnahmen ergreife. Zugleich seien neben parteipolitischen Determinanten auch Einflüsse des Weltmarktes und die außerparlamentarische Kräftebalance zwischen Kapital und Arbeit sowie die Art der Regulierung der Tarifparteien von hoher Bedeutung. Schließlich komme der Faktor Zeit hinzu: Linke Parteien benötigten lange, um den Staatsapparat zu durchdringen, eine ideologische Hegemonie zu erringen und so die Spielregeln entscheidend zu definieren. Auf dieser Weise zeigt Schmidt, dass in vielen Fällen die parteipolitische Zusammensetzung der Regierung einen Unterschied macht (= politics matter) – aber oft nur ein bisschen. Aber auch fünf Grad Änderung im Kurs eines Schiffes wirken sich auf Dauer merklich aus.

Schmidt hat ein komplexes Analysemodell entwickelt, das einerseits auf der Rezeption breiter theoretischer Überlegungen – von der angelsächsischen Forschung über Policy-Determinanten bis zur neomarxistischen Staatstheorie – und andererseits auf umfangreichem empirischen Datenmaterial und statistischen Auswertungen basiert. Auf diese Weise kommt er zu differenzierten Ergebnissen. Dies trägt zur Überwindung teilweise fruchtloser politikwissenschaftlicher Kontroversen bei. Zugleich ist die Studie sehr übersichtlich strukturiert und im Argumentationsgang gut nachvollziehbar. Dies gilt auch

für die eingesetzten statistischen Verfahren. Es gelang Schmidt, die vergleichende Politikfeldanalyse in den deutschen Lehr- und Forschungskontext einzuführen. Die von ihm aufgearbeiteten Theorieansätze, Daten und Methoden lassen sich gut weiterentwickeln und auf verschiedenen Feldern anwenden. So hat Schmidt (1980) selbst – quasi als Vorstudie – die Politik in den deutschen Bundesländern untersucht und ähnliche Ergebnisse zu Tage gefördert.

Trotz dieser enormen Stärken lassen sich einige kritische Anmerkungen machen. So unterschlägt die Gegenüberstellung von linken und rechten (bzw. sozialdemokratischen und bürgerlichen) Parteien die enorme Spannweite, die in diesen beiden politischen Lagern anzutreffen ist. Besonders christdemokratische Parteien lassen sich nicht einfach in dieses Schema pressen. Sie sind sozialpolitisch engagierter als konservative Parteien und werden von einem beachtlichen Teil der Arbeiterschaft gewählt. In seinen Interpretationen trägt Schmidt diesem Umstand Rechnung, aber er versucht nicht, dem Problem durch eine Differenzierung des parteipolitischen Inputs Rechnung zu tragen. Hier sind aber angesichts der geringen Zahl an Fällen (21 OECD-Länder) enge Grenzen gesetzt, denn ansonsten droht ein Missverhältnis von Variablen und Fällen, was zum Verlust an statistischer Signifikanz führt. Ein weiteres Manko liegt in der Konzentration auf staatliche Politiken im Bereich Wirtschaft und Soziales, die stark mit der Verwendung der bereits weitgehend standardisierten Daten der OECD zusammenhängt. Auf diese Weise werden die Leistungen nicht-staatlicher Institutionen wie der Wohlfahrtsverbände und z.T. der Unternehmen (etwa tarifvertraglich geregelte Zusatzrenten) nicht als funktionale Äquivalente erfasst, sondern ausgeklammert. Freilich ist hier die Datenlage äußerst prekär und damit vergleichende Forschung schwierig.

Schmidt hat mit seiner Studie die vergleichende Politikfeldanalyse und Wohlfahrtsstaatsforschung in der Bundesrepublik stark beeinflusst. Vor allem eine Reihe von Schülern hat zur Weiterentwicklung und Ausdifferenzierung der Debatten um „Does politics matter?“ beigetragen. Dies gilt thematisch durch die Fokussierung auf 1. die Wirtschaftspolitik in der Ära Kohl; 2. die Reformpolitik der rot-grünen Bundesregierung; 3. die Rolle von Nachzüglern in der Entwicklung des Wohlfahrtsstaats; 4. die Bedeutung des Steuerstaats und des Wirtschaftswachstums (Schmidt 2001). Daneben sind einige theoretische Weiterentwicklungen der internationalen Forschung wie das Veto-Spieler-Theorem (→ Tsebelis 2002) und Gösta Esping-Andersens Drei-Welten-These (→ Esping-Andersen 1990) eingearbeitet und einige Verbesserungen in der Datenanalyse erreicht worden. Schmidt selbst hat

ebenfalls verschiedene Felder der Staatstätigkeit (v.a. Bildung, Gesundheit, Arbeitsmarkt), institutionelle Einflüsse des deutschen Bundesstaats und der EU sowie die Geschichte der DDR-Sozialpolitik genauer untersucht. Dabei zeichnen sich in der Architektur seines gesamten Werks drei neue Linien ab: 1. erfolgt eine differenzierte Analyse der Rolle von Parteien und deren politischen Spielräumen. Von der Frage, machen Parteien einen Unterschied, verlagert sich der Forschungsschwerpunkt hin zur Frage, wann sie einen Unterschied machen. 2. zeigt sich eine spieltheoretische Unterfütterung der Policy-Determinantenforschung durch die Ergänzung um das Veto-Spieler-Theorem, also die Frage nach der Reformierbarkeit der Politik, die von der Zahl, Kohäsion und der Position der Vetospieler eines Landes abhängt. 3. integriert Schmidt die Ergebnisse der Politikfeldanalyse in die empirische Demokratietheorie, d.h. die Output-Dimension tritt neben die Institutionen und den Input bzw. den politischen Prozess in der Beurteilung demokratischer Systeme.



Literatur:

- Josef Schmid, Vergleichende Wohlfahrtsstaatsforschung, in: Dirk Berg-Schlosser/Ferdinand Müller-Rommel (Hrsg.), Vergleichende Politikwissenschaft, 4. Aufl., Opladen 2003, S. 229-260.
- Manfred G. Schmidt, CDU und SPD an der Regierung. Ein Vergleich ihrer Politik in den Ländern, Frankfurt a.M./New York 1980.
- Manfred G. Schmidt, Sozialpolitik in Deutschland. Historische Entwicklung und internationaler Vergleich, 2. Aufl., Opladen 1998.
- Manfred G. Schmidt (Hrsg.), Wohlfahrtsstaatliche Politik. Institutionen, politischer Prozess und Leistungsprofil, Opladen 2001.
- Manfred G. Schmidt, Parteien und Staatstätigkeit, in: Oscar W. Gabriel/Oskar Niedermayer/Richard Stöss (Hrsg.), Parteiendemokratie in Deutschland, Opladen 2001, 2. Aufl., S. 528-550.
- Arno Waschkuhn, Manfred G. Schmidt, in: Gisela Riescher (Hrsg.), Politische Theorie der Gegenwart in Einzeldarstellungen. Von Adorno bis Young, Stuttgart 2004, S. 434-437.

Josef Schmid